

Europas Krisenwahl

Sabine Reul plädiert dafür, den ganzen Prozess der Europawahlen von Grund auf zu reformieren.

Vom 4. bis 7. Juni wählen die Bürger der Europäischen Union die 736 Mitglieder ihres Parlaments. Als das zunächst mit Entsandten der nationalen Parlamente besetzte Haus 1979 erstmals durch die Bürger der damals neun Mitgliedsstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) gewählt wurde, lag die Wahlbeteiligung mit durchschnittlich 63 Prozent auf dem Höchststand. Bei den letzten Europawahlen 2004 in den dann 25 Staaten der Europäischen Union war sie auf 46 Prozent abgesackt. Neben der traditionell überdurchschnittlich regen Beteiligung von mehr als 90 Prozent der Wähler in Belgien und Luxemburg lag vor vier Jahren das ganz junge Mitglied Malta mit 82 Prozent ganz oben; Schlusslicht bildete die Slowakei mit nur 17 Prozent; Deutschland lag mit 43 Prozent unter dem Durchschnitt. Die Frage ist, wie groß die Teilnahme der Bürger an der Wahl zu diesem bislang einzigen in allgemeinen, freien Wahlen besetzten supranationalen Forum der Welt in diesem globalen Krisenjahr wohl ausfallen mag. Daran ließe sich ermesen, welchen Stellenwert es in den Augen der Bürger der inzwischen 27 EU-Mitgliedsstaaten besitzt.

Die Wahlen finden in einem schwierigen, aber auch sehr spannenden Moment der europäischen Entwicklung statt. Die Europäische Union hat spätestens seit dem Nein der Franzosen und Niederländer zum europäischen Verfassungsvertrag 2005 und dem erneuten Nein der Iren im vergangenen Sommer mit einer dramatischen Legitimationskrise zu kämpfen.¹ Diese wird aktuell zwar durch die Sorgen um die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise überlagert, was am Problem als solchem aber nichts ändert. Im Gegenteil: Wie die jüngste Regierungskrise in Tschechien belegt, kann die schwache demokratische Fundierung der EU-Institutionen sich auch im Umgang mit der globalen Rezession noch als echte Achillesferse des gesamten Europaprojekts erweisen.

Die Mehrebenenpolitik der nationalen Regierungen und supranationalen Apparate Europas steht nämlich vor einer enormen Belastungsprobe. Die gewohnten Routinen der Schönwetterperiode, in der die EU und ihre Organe in träger Selbstbespiegelung von der Klima- und Verbraucherpolitik bis zu Datenschutz- und Dienstleistungsrichtlinien nachrangige und oft primär ideologisch motivierte Einzelfelder beackerten, tragen nicht mehr. Denn auf einmal stehen echte Systemfragen im Raum, die gemeinsame Lösungen fordern. Andernfalls drohen eine anhaltende Rezession, Massenarbeitslosigkeit und protektionistische Tendenzen, die das europäische Gebäude gewaltig erschüttern könnten.

Und da ist die politische Bilanz bislang mehr als mager. Nach monatelangem Streit haben die 27 Staats- und Regierungschefs in Brüssel zwar jüngst endlich ein fünf Milliarden Euro umfassendes Konjunkturprogramm vereinbart, das vor allem die kleineren Mitgliedsstaaten stützen und Investitionen in Gas-, Strom- und Telekommunikationsnetze fördern soll. Das ist kläglich wenig im Vergleich zu den Beträgen, die zurzeit für die nationalen Rettungs- und Konjunkturpakete ausgegeben werden, und dürfte sich angesichts der gravierenden Währungs- und Finanzprobleme mancher EU-Mitgliedsländer als sehr unzureichend erweisen. Es zeigt aber vor allem, wie meilenweit man vom ursprünglichen Ziel der europäischen Integration entfernt ist, den Kontinent durch eine anspruchsvolle, koordinierte Wirtschafts-, Haushalts-, Industrie- und Innovationspolitik voranzubringen.

Hier erweist sich der von bürokratischer Sklerose, politischer Gedankenschwäche und Abkapselung von den Bürgern geprägte Charakter der europäischen Politik als gewaltiger Hemmschuh. Ambitionierte Innovationen der Art, die jetzt gefordert ist, brauchen eine deutlich andere politische Kultur. Die supranationale Politik in Europa wird demokratischer, offener und

